Auszüge aus den Ausführungen von RA Prof. Dr. Erich Buchholz zu den konterrevolutionären Ereignissen des 17. Juni 1953:

Liebe Genossinnen und Genossen!
Zum 17. Juni sind wieder entsprechende Aktivitäten des Gegners zu erwarten.

Ich persönlich kann dazu jetzt aus familiären Gründen keinen Beitrag leisten.

Indessen stelle ich meine früheren Ausarbeitungen hiermit zur Verfügung, so insbesondere was ich in meinem autobiografischen Buch
„ Dem Unrecht wehren“ Kai Homilius Verlag (S. 100 ff) festgehalten habe
sowie in dem anderen Buch von mir im gleichen Verlag „Strafrecht im Osten“.(NB Volkseigentumsschutzgesetz) /S.264)

Diese Materialien von mir können beliebig ausgewertet und genutzt werden, mit einer Angabe der Quellen, direkt oder auch anders.

Meines Erachtens ist es in der Sache außerordentlich wichtig, deutlich zu machen, dass der 17. Juni von Seiten des Gegners eine verzweifelte Antwort auf die Verkündung des „Neuen Kurses“ der SED Führung vom Anfang Juni 1953 war, er sah seine Felle weg schwimmen, seiner Chancen, in der DDR einen wirklichen „Volksaufstand „zu verursachen herbeizuführen.

Man muss auch an folgende grundlegenden Zusammenhänge erinnern (die Wahrheit ist immer komplex und durch Herausreißen einzelner isolierter wirklicher oder scheinbarer Tatsachen wird gelogen!):

Spätestens im Jahre 1946 hatten die USA für sich definitiv beschlossen, Westdeutschland mit seinem militärischen und wirtschaftlichen Potenzial für sich zu nutzen, und zwar durch

Marschall Plan Hilfe und durch Eingliederung eines westdeutschen Staates in die NATO.

Ich erinnere daran, dass die separate Währungsreform vom Sommer 1948 langfristig vorbereitet war (ich hatte die Geldbündel mit dem Datum 17.11.1947 in der Hand!).
Diese separate Währungsreform war **die Spaltung Deutschlands** (was ich hier nicht weiter erläutern will) und die Vorstufe für die Schaffung des westdeutschen Staates.
Unmittelbar danach erteilte General Clay den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder den Auftrag, eine Verfassung ausarbeiten zu lassen. Es folgte die Bildung der BRD

Die Stalinnote war seitens Moskaus und der sozialistischen Länder der letzte Versuch, **ein** demokratisches friedliebendes Gesamtdeutschland entstehen zu lassen.

Wenn die Vorschläge Stalins verwirklicht werden würden, würde das für die USA heißen: mit dem Abschluss eines Friedensvertrages würde das Potsdamer Abkommen gegenstandslos und würde die Rechtsgrundlage ihrer Anwesenheit in Europa, insbesondere in Westdeutschland entfallen.
Sie hätten dann abzuziehen müssen über den großen Teich zurück nach den USA

Das aber wollten sie um gar keinen Preis.

Das war natürlich auch Moskau und in einigen sozialistischen Ländern klar. Deshalb musste man sich – nach der Ablehnung der Stalinnote auf eine harte Auseinandersetzung einstellen.

Die definitive negative Antworten des Westens zwangen sozialistische Länder zu Sicherungsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen, denn nun war klar, dass man sich auf eine lange, selbst militärischer Auseinandersetzung mit dem Westen einstellen musste.

Dazu gehörte die Veranlassung von Sicherungsmaßnahmen an der Westgrenze der DDR und die 2. Parteikonferenz, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, auch mit den Folgerungen der Schaffung einer Nationalen Volksarmee.

Diese sämtliche Verteidigungsmaßnahmen der sozialistischen Länder und insbesondere der DDR bedeuteten für die DDR Bevölkerung verschiedene Belastungen mit Einschnitten.

Ich will diese nicht aufzählen, aber die Unzufriedenheit nahm seit Herbst und Ende 1952 zu. (Dazu gehört dann auch das völlig verfehlte Volkseigentumsschutzgesetz mit seinen Auswirkungen).
Eine sichtbare Folge war auch die verstärkte Abwanderung von DDR-Bürgern, auch von Bauern (sicher zum Teil wegen unbegründeter Angst vor der Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften)

In dieser Situation wurde – nach dem Tode Stalins im März 1953 – erforderlich in Bezug auf die DDR Korrekturen in Betracht zu ziehen.

Inwieweit dabei die Initiative von Moskau ausging oder von anderen, jedenfalls Anfang Juni 1953, also fast 14 Tage vor dem „Putsch“ am 17. Juni, wurden in Moskau die Weichen gestellt und die politische Führung der DDR beschloss einen Neuen Kurs, der insbesondere auch die Korrekturen bezüglich der administrativ festgelegten Arbeitsnormen betraf.

Sicher wirkte dieser Beschluss nicht sofort wie ein Wunder, aber es wurde für die Bürger – aber auch für den Gegner!! - erkennbar, dass Änderungen bevorstehen würden. Dazu gehörte auch die mit den Gewerkschaften abgestimmte Korrektur der administrativen Erhöhung der Arbeitsnormen.

Hatte der Gegner Ende 1952 und Anfang 1953 darauf spekulieren können, dass aufgrund einer zunehmenden Unzufriedenheit in der DDR Chancen dafür bestehen könnten, die DDR „aufzurollen“, so war ihm klar, dass mit der Einleitung des neuen Kursus diese Chance von Tag zu Tag, von Woche zu Woche geringer werden würde.

Ihm war klar: er musste jetzt handeln.
Sein Hauptinstrument war dabei der RIAS, wie auch die Times meldete..

Zwei Anmerkungen noch:
Diese politische Situation spiegelte sich an der Börse wieder:
Die Aktien von großen Unternehmen in Ostdeutschland, die bereits in Volkseigentum überführt worden waren , wurden noch an der Börse gehandelt. Man hoffte auf eine Korrektur auf einer Änderung der Verhältnisse.

Diese Hoffnung wuchs, als die Unzufriedenheit in der DDR Bevölkerung zunahm. Folge dessen war, dass die Kurse für diese Aktien stiegen!

Nach dem Neuen Kurs fielen die Aktien ganz krass wieder nach unten.

Später als der 17. Juni vom Zaun gebrochen wurde stiegen die Aktien wieder! Allerdings nur verhältnismäßig kurze Zeit.

Zum 17. Juni selbst:
Wir insbesondere wir DDR-Bürger wussten, das war kein Volksaufstand!

Mit einigen Störungen Diskussion und Auseinandersetzungen verlief auch der 16. Juni in der DDR im ganzen friedlich.

Die Demonstrationen von als Bauarbeitern angezogenen, getarnten Arbeitern (darunter viele Nazi, die aus staatlichen Ämtern entfernt worden waren!) ist von der Stalinallee bis zum Haus der Ministerien (die ich begleitet hatte) verlief friedlich, unsere Volkspolizei griff nicht ein.
Dort vor dem Haus der Ministerien verlangten die Demonstranten einen Minister. Rademacher kam heraus, es wurde ein Tisch hingestellt, er stellte sich da rauf, ungeschützt, ohne Polizei und

redete. Insbesondere erklärte er den Anwesenden, dass die Normerhöhung zurückgenommen sei

Danach verließen mehrere der anwesenden Arbeiter die Versammlung, sie löste sich zunehmend auf.

Die Situation sah friedlich aus.

Das waren DDR-Bürger.

Anderswo in der Republik hat es kaum Störungen gegeben, nur in einzelnen Städten, so z. B. auch in Jena.

Am Abend des 16. waren dann Rowdys aus West-Berlin gekommen und haben in breiter Front in der Stalinallee Landfriedensbruch begangen, alles Mögliche zerstört und beschädigt.

Durch den Aufrufe des RIAS und westlicher Gewerkschafter kam es dann im Lauf des Vormittags des 17. Juni zu Zusammenstößen, zu Krawallen, insbesondere nach dem Marsch der Hennigsdorfer Arbeiter durch West-Berlin, wo sich die Zusammensetzung dieser Demonstration völlig umkehrte

Wegen Störung der öffentlichen Ordnung griff der sowjetische Stadtkommandant ein und binnen kurzem war, zumindest die äußere Ordnung wiederhergestellt.

Übrigens schossen die sowjetischen gepanzerten Fahrzeuge (keine Panzer!) mit Platzpatronen!

Am Nachmittag war schon in großem Umfang Ruhe und Ordnung wiederhergestellt worden.

Soweit auch mit persönlichen Erinnerungen

Eine aktuelle Ergänzung zur „Lüge“, die meist darin besteht, etwas wegzulassen:

Am Abend in der Tagesschau Hinweis auf eine Ausstellung, Plakate zum 17.6.
Dann darf ein Mann, der damals 8 Jahre alt war, etwas ins Mikro sagen: „Es hiess (am 16. abends) alle sollten am nächsten Morgen um 7 Uhr auf dem Strausberger Platz sein!“

Wer das gesagt oder…… haben soll, blieb – absichtlich – offen!

DDR.Bürger haben solches jedenfalls nicht aufgebracht!!
Denn dort sollte ein westlicher Gewerkschafter die DDR-Bürger gegen ihre Regierung aufhetzen!

Verbreitet hatte diese Losung der RIAS